

Beschlussvorlage Stadt Ratzeburg

Stadt Ratzeburg 2008 – 2013

Datum: 01.03.12

Gremium	Datum	Behandlung
Hauptausschuss	05.03.2012	N
Stadtvertretung	19.03.2012	Ö

Verfasser:

Amt/Aktenzeichen:

„Stadt ohne Rassismus,, – ein Ziel für Ratzeburg

Zielsetzung:

Die Stadtvertretung unterstützt zum einen die Arbeit des Ratzeburger Bündnisses und strebt an, in Zusammenarbeit mit allen gesellschaftlichen Gruppen und auch allen Ratzeburger Schulen eine „Stadt ohne Rassismus“ zu werden und die Schulen und Bildungseinrichtungen sowie Vereine, Verbände und Organisationen zu bitten, diese Zielsetzung ebenfalls zu verfolgen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtvertretung beschließt die Zielsetzung „Stadt ohne Rassismus“ werden zu wollen und zu diesem Entwicklungsprozess alle Kindergärten, Schulen, Vereine, Verbände, Institutionen, gesellschaftlichen Gruppen und Multiplikatoren einzuladen. Das Ratzeburger Bündnis soll ein Partner dieser Arbeit sein und Kooperationen auch zum Lokalen Aktionsplan vermitteln.

Bürgermeister

Verfasser

elektronisch unterschrieben und freigegeben durch:

Bürgermeister Rainer Voß am 29.02.2012

Bürgermeister Rainer Voß am 29.02.2012

Bürgermeister Rainer Voß am 29.02.2012

Sachverhalt:

„Denn nichts ist schwerer und erfordert mehr Charakter, als ich in offenen Gegensatz zu seiner Zeit zu befinden und laut zu sagen: Nein!“ (Kurt Tucholsky)

Rechtsextremismus, Antisemitismus sowie fremdenfeindliche und rassistische Einstellungen als dringliche Herausforderung für Demokratie und Menschenrechte erfordert ein wachsameres und kontinuierliches Engagement aller Akteure unserer Gesellschaft.

Ein Rundblick in Europa über die zentralen Strategien und Themen der radikalen Rechten weist darauf hin, dass die Erfolgsfaktoren des Rechtsextremismus unter anderem auch bei den unbewältigten Problemen und Konflikten unserer heutigen Demokratien zu finden sind: bei der Instrumentalisierung von Verteilungs-, Repräsentations- und Identitätskrisen durch Rechtsextreme und –Populisten. Entscheidend für die zukünftige friedliche und (ökonomisch) erfolgreiche Entwicklung Europas wird sein, ob einerseits diesen Krisenerscheinungen durch die Stärkung sozialer Demokratie entgegengesteuert wird. Und ob andererseits den Versuchen der radikalen Rechten, von diesen Krisen zu profitieren und ihr feindseliges und regressives Menschen- und Gesellschaftsbild zu verbreiten, aktives Engagement gegen Ausgrenzung und Rechtsextremismus entgegengehalten wird.

(Europa auf dem „Rechten“ Weg?, FES, Seite 21)

Demokratie wird gerade auch auf kommunaler Ebene gelebt, ist dort jedoch ebenfalls nicht ungefährdet. Nicht umsonst ist sie zentrale Handlungsebene der extremen Rechten und es ist hier, wo – nicht erst nach Fällen offener Gewalt – aktives und bürgerschaftliches Engagement gefordert ist, unsere demokratische Kultur zu verteidigen. Engagement gegen rechts heißt oftmals Kampagnenführung anlässlich eines konkreten Vorfalls oder einer Entwicklung und kann unterschiedlich kreativ gestaltet werden. Wichtig dabei ist, dass so viele verschiedene Akteure und Altersklassen wie möglich mobilisiert und mit einbezogen werden. Weiterhin ist fundiertes Wissen über die Herausforderungen vor Ort und die rechte Szene von grundsätzlicher Bedeutung. Wenn Aktionen oder Kampagnen abgeschlossen sind, ist eine Verstetigung in Richtung eines kontinuierlichen bürgerschaftlichen Bewusstseins und Engagements zielführend.

Das „Ratzeburger Bündnis“ – leistet diese Arbeit seit 2009 breit aufgestellt durch Aktionen, politische Bildung, Fortbildung, Kulturelle Maßnahmen, Vorträge, Ausstellungen für Schülerinnen und Schüler in Zusammenarbeit mit den Ratzeburger Schulen und den Bildungseinrichtungen der Region und für alle anderen Interessierten in Zusammenarbeit mit der Landeskoordinationsstelle im Innenministerium in Kiel.

Auf Grund krimineller, rechtsextremistischer Schmierereien und Sachbeschädigungen, verbunden mit Morddrohungen gegen Mitglieder des Ratzeburger Bündnisses hatte die Stadtvertretung im Januar 2012 zu einer Kundgebung aufgerufen, an der sich etwa 400 Menschen aktiv beteiligten, darunter auch viele Menschen aus dem Umland, aus Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern.

Die Stadtvertretung unterstützt zum einen die Arbeit des Ratzeburger Bündnisses und strebt an, in Zusammenarbeit mit allen gesellschaftlichen Gruppen und auch allen Ratzeburger Schulen eine „Stadt ohne Rassismus“ zu werden und die Schulen und Bildungseinrichtungen sowie Vereine, Verbände und Organisationen zu bitten, diese Zielsetzung ebenfalls zu verfolgen.

Diese Entscheidung steht in folgendem Zusammenhang:

Intoleranz, Vorurteile und Diskriminierung sind Gefahren für den Zusammenhalt pluraler Gesellschaften und damit für die Demokratie selbst. Sie zeigen an, inwieweit die Mehrheit bereit ist, soziale, ethnische, kulturelle und religiöse Minderheiten und vermeintlich „Andere“ als gleichberechtigte Mitglieder einer Gesellschaft zu akzeptieren und zu beteiligen, oder sie auszuschließen. Intoleranz, Vorurteile, antidemokratische Einstellungen und die Bereitschaft, andere zu diskriminieren, also auch gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sind daher sensible Messinstrumente für den sozialen Zusammenhalt von Gesellschaften.

Es geht insbesondere auch um abwertende Einstellungen und Vorurteile gegenüber solchen Gruppen von Menschen, die als „anders“, „fremd“ oder „unnormale“ definiert werden und denen ein untergeordneter sozialer Status zugewiesen wird. Hierzu zählen fremdenfeindliche, rassistische, antisemitische, islamfeindliche, sexistische und homophobe Einstellungen.

Ziel der „Stadt ohne Rassismus“ ist es daher auch, gemeinsame Anstrengungen im Kampf gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu unternehmen und Einstellungen zu fördern und Strukturen zu etablieren, die Gleichwertigkeit zu unterstützen. Es braucht Strategien der Intervention und der Prävention. Dazu gehört es, die Herausforderung anzunehmen, die politische Teilhabe und Mitsprache aller Mitglieder der Gesellschaft zu erreichen.

Finanzielle Auswirkungen:

Durch die Ausführung des vorgeschlagenen Beschlusses entstehen folgende Auswirkungen auf den Haushalt: keine

Anlagenverzeichnis:

mitgezeichnet haben: